A1-289 Mehr Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit bei der Regulierung und Besteuerung von Grund und Boden sowie des Immobilienmarktes

Antragsteller*in: Martin Reents (LAG Planen Bauen Wohnen Stadtentwicklung Berlin)

Redaktionelle Änderung

Ich stelle den Antrag das Kap. 7 aufzulösen und die Inhalte als Anstrich in Kap. 8 zu integrieren (Kap. 8 wird damit zugleich zu Kap. 7). Die "8 zentralen Fragestellungen und Themen für Reformen" würden damit zu "7 zentralen Fragestellungen und Themen für Reformen"

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 289 bis 297 löschen:

~~Vermögensverwaltende Wohnungsunternehmen müssen in der Regel keine Gewerbesteuer zahlen (sogenannte erweiterte Gewerbesteuerkürzung). So werden Wohnungsgesellschaften steuerlich bevorzugt. Vermietungseinkünfte von privaten Kleinvermietern unterliegen meist einem höheren Steuersatz als die ausgeschütteten Gewinne einer vermögensverwaltenden Kapitalgesellschaft. Da dies auch die Wohnungsunternehmen in öffentlicher Hand betrifft, dürfte es sinnvoll sein die Einführung einer Gewerbesteuerpflicht für Wohnungsunternehmen zeitgleich mit der Einführung einer neuen Wohnungsgemeinnützigkeit zu kombinieren~~

Begründung

Wenn ich es richtig verstehe, dann ist die in Kap. 7 postulierte Reform der Gewerbesteuer nur dann sinnvoll, wenn zuvor (oder zugleich) eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit (Kap. 8) eingeführt wird. Wenn das stimmt, dann sollten diese beiden Aspekte auch gemeinsam behandelt werden, damit der logische Zusammenhang klar erkennbar bleibt.